



30 Jahre Mauerfall – Grundlage für Einheit in Freiheit.

Bundestag würdigt Widerstand der Menschen in der ehemaligen DDR

Am Freitag, einen Tag vor dem historischen Jubiläum des Mauerfalls am 9. November, würdigte der Bundestag mit einer Debatte den Widerstand der Menschen in der ehemaligen DDR. Unionsfraktionsvorsitzender Ralf Brinkhaus nannte den 9. November 1989 den glücklichsten Tag in der deutschen Geschichte und wies darauf hin, dass es ein Wunder war, dass die Revolution friedlich ablief, auch mit Blick auf die im gleichen Jahr in China blutig niedergeschlagene Reformbewegung. Er warb dafür, sich heute vor den Menschen zu verneigen, die die friedliche Revolution erst möglich gemacht hatten. Er wies darauf hin, dass in der Zeit zwischen dem 1953 und 1989 es in der DDR immer viele Menschen gab, die mit einem hohen persönlichen Risiko für Freiheit gekämpft haben. Vor diesen Menschen müsse man sich ebenso verneigen. Außerdem erinnerte Brinkhaus an die Menschen, die ihre Suche nach Freiheit mit dem Leben bezahlt haben, etwa bei einem Fluchtversuch.

In seiner weiteren Rede dankte Brinkhaus allen, die an der Verwirklichung der Deutschen Einheit mitgewirkt haben. Besonders dankte er aber dem ehemaligen ame-



Brinkhaus bei der Debatte am Freitag

rikanischen Präsidenten George Bush und dem ehemaligen Sowjetischen Staatschef Michael Gorbatschow. Er warb außerdem dafür, in der Diskussion um die Deutsche Einheit nicht nur über Geld zu reden, sondern mehr den Menschen zu sehen. So habe man lange nicht die großen Brüche in den Biografien der Menschen verstanden, welche sich komplett neu erfinden mussten.

Im Oktober hatte die CDU/CSU-Bundestagsfraktion bei einer Sondersitzung in Leipzig gemeinsam mit Revolutionären des Jahres 1989 an den Mut und Seite 2

Haushaltsberatungen

Der Haushaltsausschuss ist derzeit in der heißen Phase der Beratungen für den Bundeshaushalt 2020. In dieser Woche wurden in langen Sitzungen etwa die Einzelpläne des Bundesverteidigungsministeriums, des Familienministeriums, des Forschungsministeriums sowie des Entwicklungshilfeministeriums beraten. Bundesverteidigungsministerin Annegret Kramp-Karrenbauer war bei den Beratungen zum Wehretat anwesend.

In der kommenden Woche werden mit der Bereinigungssitzung die Ausschussberatungen abgeschlossen. Das Bundestagsplenium wird dann in einer Haushaltswoche Ende des Monats über die Vorschläge debattieren und abstimmen. Der Union ist es dabei wichtig, trotz ambitionierter Investitionen in die Zukunft einen ausgeglichenen Haushalt zu beschließen. ■



Nach den Beratungen sprach Rief mit der Bundesverteidigungsministerin in der Landesvertretung des Saarlands

Josef Rief ist auf Facebook mit Profil und Fan-Page unter: www.facebook.com/josefriefmdb



Fortsetzung von Seite 1

die Entschlossenheit der vielen Menschen erinnert, die zum Sturz der SED-Diktatur beigetragen haben und die den ersten Stein aus der Mauer herausbrachen. Die Mauer war das Symbol der Unfreiheit und der falschen sozialistischen Ideologie. Die Freude über den Mauerfall stand im Mittelpunkt dieser Sitzungswoche im Bundestag.

Die Union war und ist die Partei der Deutschen Einheit. Schon früh hat Konrad Adenauer nie einen Zweifel am Ziel seiner Politik gelassen: Ein friedliches Deutschland wieder zu einem gleichberechtigten Partner in Europa und der Welt zu machen. Dieses Ziel haben wir 1990 erreicht: Die Deutschen in der DDR und Helmut Kohl haben der Deutschen Einheit in Frieden den Weg geebnet. ■

Eine Vielzahl von steuerlichen Entlastungen

Der Finanzausschuss beriet diese Woche abschließend den Entwurf eines Gesetzes zur weiteren steuerlichen Förderung der Elektromobilität und zur Änderung weiterer steuerlicher Vorschriften. Mit dem Gesetzentwurf soll die umweltfreundliche Mobilität weiter vorangebracht werden. Dazu werden Maßnahmen umgesetzt, die Bürgerinnen und Bürger, aber auch Unternehmen, entlasten, die E-Autos nutzen wollen. Außerdem wird bei der Förderung des Jobtickets eine neue Pauschalbesteuerung ohne Anrechnung auf die Entfernungspauschale eingeführt. Zuschüsse des Arbeitgebers zur Weiterbildung stellen darüber hinaus zukünftig generell keinen Lohn oder geldwerten Vorteil dar, wenn sie der allgemeinen Beschäftigungsfähigkeit dienen.

Auch bei der Besteuerung von E-Books gibt es positive Änderungen für Leserinnen und Leser. Während "klassische" E-Books bereits ermäßigt besteuert werden, sollen künftig auch E-Books, die in Datenbank-

form z. B. in Form von Abo-Modellen angeboten werden, begünstigt sein. Voraussetzung dafür ist allerdings, dass in E-Books eingebettete Videos nur eine untergeordnete Rolle spielen. Bei der Wohnungsbauprämie wird die Förderhöchstgrenze auf 700 Euro beziehungsweise auf 1.400 Euro erhöht, gleichzeitig wird der Prämienatz auf 10 Prozent angehoben. Bei Monatshygieneprodukten wie Tampons wird der Steuersatz auf sieben Prozent festgeschrieben und damit um 12 Prozentpunkte reduziert! Bei so genannten Sachbezügen in Form von Gutscheinen und Geldkarten wird Rechtsicherheit geschaffen: Arbeitgeber können auch weiterhin Sachbezüge in Form von Gutscheinen und Geldkarten an ihre Arbeitnehmer bis zur Höhe von 44 Euro pro Monat steuerfrei gewähren. Dies gilt jedoch nur dann, wenn die Sachbezüge zusätzlich zum ohnehin geschuldeten Arbeitslohn ausgereicht werden und die Karten keine Barzahlungs- oder Wandlungsfunktion in Geld haben. ■

Angehörigen-Entlastungsgesetz beschlossen

Mit dem Angehörigen-Entlastungsgesetz, das in dieser Woche in zweiter und dritter Lesung beschlossen wurde, werden Kinder und Eltern, die nach dem SGB XII gegenüber Leistungsbeziehern unterhaltsverpflichtet sind, entlastet. Hierzu wird die Unterhaltsheranziehung

von Eltern und Kindern mit einem jeweiligen Jahresbruttoeinkommen von bis zu 100.000 Euro in der Sozialhilfe ausgeschlossen. Auch in der Eingliederungshilfe nach dem SGB IX und im Bereich der fürsorgerischen Leistungen des Bundesversorgungsgesetzes werden Entlastungen vollzogen. ■

Stärkung der Strafjustiz

Strafverfahren haben oft eine lange Verfahrensdauer oder enden häufig in Einstellungen.

Um die Strafjustiz zu stärken, haben sich die Länder im Pakt für den Rechtsstaat verpflichtet, bis Ende 2021 insgesamt 2000 zusätzliche Richter und Staatsanwälte einzustellen. Damit das Mehr an Personal nicht durch ineffiziente Vorgaben aufgezehrt wird, sorgt die Koalition jetzt für die notwendigen zügigeren Strafverfahren. Damit stärken wird der Rechtsstaat gestärkt.

Prozessverschleppungen werden künftig durch Änderungen im Befangenheits- und Beweisantragsrecht handhabbarer gemacht. Auch werden den Ermittlern

wirksamere Instrumente an die Hand gegeben, um Täter aufzuspüren: Die DNA-Analyse wird auf äußerliche Merkmale (Haar- und Augenfarbe) sowie das Alter ausgeweitet. Um Einbrecher besser stellen zu können, kann künftig die Telekommunikation von Verdächtigen überwacht werden. Ein weiteres wichtiges Anliegen ist das Verbot der Gesichtshüllung vor Gericht.

Es ist einzig dem Engagement und dem Druck der Unionsabgeordneten zu verdanken, dass nun endlich das parlamentarische Verfahren für den Gesetzesentwurf zur Modernisierung des Strafverfahrens eröffnet ist. ■